

Clean Industrial Deal:

„Stärkung der europäischen Stahlbauindustrie für eine nachhaltige Zukunft“

Am 26. Februar 2025 stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den „Deal für eine saubere Industrie“ (Clean Industrial Deal) vor, einen Wirtschaftsplan der Europäischen Kommission zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Resilienz der europäischen Industrie. Dabei liegt der Fokus auf zwei eng zusammenhängenden Sektoren – energieintensive Industrien und saubere Technologien. Ziel des Deals: die Dekarbonisierung zu beschleunigen, Innovation zu fördern und zugleich die Zukunft der verarbeitenden Industrie in Europa zu sichern.

Die deutsche Stahlbauindustrie, vertreten durch bauforumstahl e.V. teilt dieses Ziel und begrüßt den Clean Industrial Deal als eine wichtige, aber auch überfällige Maßnahme, die eine Reihe von Forderungen der Stahlbaubranche aufgegriffen hat.

Einleitung

Die europäische und die deutsche Stahlbauindustrie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und zur Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Wesentlich ist dieser Beitrag vor allem durch die Bedeutung der Stahlbauindustrie im Rahmen der europäischen Wirtschaft. Ihr gehören neben der stahlerzeugenden Industrie Stahlbauer, Architekten, Bauunternehmen und der Stahlhandel an. Gemeinsam bilden sie eine zentrale Säule der europäischen Industrie.

Außerdem spielt der Stahlbau eine essenzielle Rolle in der Infrastruktur und trägt maßgeblich zur nachhaltigen Mobilität bei – insbesondere durch langlebige, ressourcenschonende Brückenbauwerke. Sowohl im Neubau als auch bei der Sanierung bestehender Strukturen bietet er schlanke, materialsparende Konstruktionsweisen mit einem herausragenden Recyclingpotenzial. Damit eröffnet er neue Möglichkeiten für den Wohnungsbau im Sinne des Green Deals. Darüber hinaus leistet der Stahlbau einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende: Windkraftanlagen aus Stahl fügen sich nahtlos in den Kreislaufwirtschaftsprozess ein und stellen am Ende ihrer Lebensdauer kein Entsorgungsproblem dar, sondern können vollständig wiederverwertet werden. Auch im Prozess der umfassenden Digitalisierung der industriellen Produktion ist die Stahlbaubranche ein Vorreiter. „Industrie 4.0“ ist Realität – und damit eine entscheidende Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit im globalen Maßstab. Die Branche nimmt ihre Verantwortung wahr und schöpft ihre Innovationspotenziale voll aus, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Wettbewerbsfähigkeit hängt jedoch nicht allein von unternehmerischer Leistung ab, sondern auch von politischen Rahmenbedingungen, die fair gestaltet werden müssen. Die

Stahlbauindustrie ist auf gezielte Maßnahmen angewiesen, um im globalen, häufig verzerrten Wettbewerb gleiche Chancen zu erhalten. Angesichts hoher Energiekosten und eines harten, teils unfairen internationalen Konkurrenzdrucks braucht die Branche dringend Unterstützung – von der Senkung der Energiekosten über Investitionshilfen für den Wandel hin zu klimaneutralen Produktionsprozessen bis hin zu handelspolitischen Schutzmechanismen. Daher fordert die Stahlbauindustrie eine nachhaltige und wettbewerbsfähige politische Strategie, die nicht nur ihre Zukunft sichert, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität Europas insgesamt stärkt.

Herausforderungen und Chancen für die Stahlbauindustrie

Die Stahlbauindustrie verfügt über enormes Potenzial, steht jedoch zugleich vor einer Vielzahl anspruchsvoller Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, um diese Chancen voll auszuschöpfen.

Die EU hat das ehrgeizige Ziel ausgegeben, bis 2050 durch die Dekarbonisierung Klimaneutralität zu erreichen. Dieses Ziel ist erreichbar, erfordert aber gewaltige Anstrengungen. Die Stahlbauindustrie will und kann dazu ihren Beitrag leisten. Die großen Herausforderungen: Reduktion von CO₂-Emissionen in der Stahlproduktion, Förderung emissionsarmer Herstellungsverfahren und Ausbau von CO₂-armen Fertigungstechnologien. Der dazu nötige Transformationsprozess ist in vollem Gang. Schon heute ermöglicht in Deutschland und Westeuropa produzierter Profilstahl Tragwerke mit einer CO₂-Einsparung von rund 35 % gegenüber der typischen Betonbauweise. Selbst das Ende der Hochofentechnologie ist eingeläutet. Neue Anlagen für das Direktreduktionsverfahren mit Wasserstoff sind schon im Bau. Damit wird sich mit „grünem Wasserstoff“ „grüner Stahl“ herstellen lassen.

Dieser Transformationsprozess ist alternativlos und wird von der Stahlbauindustrie mitgetragen. Er ist allerdings zunächst eine zusätzliche Belastung beim Ringen um Wettbewerbsfähigkeit im globalen Handel. Hinzu kommen die Herausforderungen durch Importstähle mit niedrigeren Umweltstandards, die unter den Bedingungen einer konventionellen, oft klimaschädlichen Produktion hergestellt sind und in Verbindung mit geringeren Umwelt- und manchmal auch Qualitätsstandards naturgemäß Preisvorteile haben – und damit den kostenaufwendigen Transformationsprozess der deutschen und europäischen Baustahlhersteller noch schwieriger machen. Das kann nicht im Interesse der EU sein. Notwendig ist vielmehr ein fairer globaler Markt mit vergleichbaren Ausgangsbedingungen.

Sowohl die Herstellung von Primärstahl als auch das Recycling von Stahl sind äußerst energieintensive Prozesse. Die vergleichsweise hohen Energiepreise, insbesondere in Deutschland, stellen dabei einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar. Daher hat die Stahlbauindustrie ein großes Interesse an einer zuverlässigen, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung. Nur durch stabile und wirtschaftlich tragfähige Energiekonzepte kann die Branche ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Arbeitsplätze in Europa sichern und ihren Beitrag zur industriellen Wertschöpfung leisten.

Die Umstellung auf eine weitgehend zirkuläre Wirtschaft mit hoher Ressourceneffizienz ist nicht nur im Stahlbau, sondern in der gesamten Bauindustrie und darüber hinaus in vielen anderen Branchen unverzichtbar für eine nachhaltige Zukunft. Ziel muss es sein, die begrenzten Ressourcen der EU optimal zu nutzen und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus Drittstaaten zu reduzieren. Stahl nimmt in diesem Wandel eine Schlüsselrolle ein: Er kann nahezu verlustfrei recycelt werden, was ihn zu einem der ressourcenschonendsten Baustoffe macht. Noch nachhaltiger wäre der verstärkte Einsatz standardisierter Stahlbauelemente, die ohne energieintensive Recyclingprozesse einfach demontiert, transportiert und wiederverwendet werden können. Um das volle Potenzial der Kreislaufwirtschaft im Stahlbau zu nutzen, sind jedoch weitere Fortschritte in der Demontage- und Recyclingtechnik erforderlich. Ein wichtiger Aspekt der nachhaltigen Transformation der Stahlbauindustrie ist die Rolle der öffentlichen und privaten Beschaffung. Der gezielte Einsatz von grünem Stahl – also klimafreundlich produziertem Stahl mit minimalem CO₂-Fußabdruck – hängt vom Beschaffer ab. Allerdings sind nachhaltige Produkte derzeit oft mit höheren Kosten verbunden, sodass sie im rein wirtschaftlichen Wettbewerb nicht immer die erste Wahl darstellen. Dies beeinflusst die Nachfrage und damit auch die Geschwindigkeit, mit der klimaneutrale Technologien in der Stahlproduktion voranschreiten. Öffentliche Bauvorhaben könnten hier eine besondere Rolle spielen, indem sie gezielt auf nachhaltige Materialien setzen und so zur Marktentwicklung beitragen. Langfristig könnte dies nicht nur die CO₂-Emissionen der Industrie reduzieren, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Stahlunternehmen in einem zunehmend nachhaltigkeitsorientierten globalen Markt beeinflussen.

Strategische Empfehlung für den Clean Industrial Deal

Daraus resultieren verschiedene strategische Empfehlungen der Stahlbauindustrie für den Clean Industrial Deal.

Am 16. März 2023 stellte die Europäische Kommission den „Net Zero Industry Act“ vor, am 13. Juni trat er in Kraft. Er soll den bürokratischen Aufwand für bestimmte „strategische Technologien“ verringern. Das schließt eine Verbesserung der Genehmigungsverfahren und den besseren Zugang zu Finanzmitteln ein. Es gilt, die Produktionskapazitäten von sauberen Technologien in der EU auszubauen. Diese „Netto-Null-Technologien“ sollen dabei helfen, die Emissionen in Europa zu reduzieren und auf eine CO₂-freie Energieerzeugung umzustellen. Die Stahlbauindustrie empfiehlt die Einbeziehung der Netto-Null-Strategie auch für die Stahlbauindustrie im Rahmen der Umsetzung des „Net Zero Industry Act“ sowie im angekündigten „Industrial Decarbonisation Accelerator Act“. Damit verbunden ist die Einbindung der Stahlbaukomponenten und die Anerkennung des Stahlbaus als essenzieller Bestandteil von Energieinfrastrukturen, sowie die Förderung nachhaltiger Stahlerzeugungsverfahren. Zum besseren Schutz der Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung sauberer Technologien empfiehlt die Stahlbauindustrie des Weiteren Reformen für energieintensive Industrien mit dem Ziel, stabile Preise sicherzustellen, die der Industrie eine Langfrstkalkulation erlauben. Die Schaffung eines „Industrie-Energie-Fonds“ wäre eine unterstützende Maßnahme. Mit der Sicherstellung stabiler und wettbewerbsgerechter Energiepreise geht notwendig die Sicherstellung einer stabilen, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung einher. Stahlproduktion benötigt langfristig bezahlbare erneuerbare Energiequellen. Dafür empfiehlt sich die Schaffung eines EU-Förderprogramms für nachhaltige Produktionsprozesse. Die Stahlbauindustrie empfiehlt des Weiteren eine nachhaltige Förderung der Kreislaufwirtschaft und ressourcenschonender Bauweisen, vorzugsweise da, wo es für eine konsequente Kreislaufwirtschaft besonders günstige Ansätze gibt bzw. die Transformation zu ressourcenschonendem Baustoffmanagement bereits fortgeschritten ist. Förderlich und förderwürdig wäre zum Beispiel die Erleichterung der Wiederverwendung und des Recyclings von Stahl in der Bauindustrie. Zu empfehlen wäre eine drastische Vereinfachung der teilweise unnötig aufgeblähten Regularien zur Wiederverwendung von Stahlkonstruktionen. Hilfreich wäre es auch, öffentliche Ausschreibungen an Nachhaltigkeitskriterien wie Langlebigkeit, CO₂-Bilanz und „made in Europe“ zu koppeln und damit nicht nur die eigenen Zielsetzungen der EU konsequent zur Anwendung zu bringen, sondern auch die Nachfrage nach in der EU hergestellten sauberen Produkten anzukurbeln.

Nicht nur die Wiederverwendung von Stahlkonstruktionen wird durch Regularien gehemmt. Die Stahlbauindustrie fordert daher auch ganz generell eine Reduzierung des regulatorischen Drucks für KMU und Stahlbauunternehmen. Bürokratische Erleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen in der Stahlverarbeitung wären ein wirksames Konjunkturprogramm, weil Reduzierungen der übermäßigen Bürokratie zugleich Wettbewerbsnachteile der heimischen Unternehmen reduzieren. In diesem Kontext empfiehlt es sich zum Beispiel, die Auswirkungen neuer EU-Vorschriften auf die Stahlbauindustrie zu überprüfen, etwa die Bauproduktenverordnung oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Der Abbau von bürokratischen Hürden und die Vereinfachung komplexer regulatorischer Anforderungen würden dazu führen, dass kosten-, arbeits- und zeitaufwendige Berichtspflichten auf die wirklich wichtigen Inhalte eingedampft würden. Eine weitere Reduzierung von Kosten-, Arbeits- und Zeitaufwand ergäbe sich durch Förderung digitaler Prozesse. Die konsequente Digitalisierung der verbliebenen Berichtspflichten verschlankt sowohl die Dokumentation als auch die Archivierung.

Die Politik sollte außerdem durch verbindliche Vorgaben in Ausschreibungen sicherstellen, dass klimafreundlich produzierter Stahl mit minimalem CO₂-Fußabdruck bevorzugt eingesetzt wird. Die konsequente Berücksichtigung von grünem Stahl in öffentlichen Bauvorhaben würde eine starke Nachfrage schaffen und damit entscheidende Impulse für die Transformation der Stahlindustrie setzen. Dies fördert nicht nur gezielt Innovationen und Investitionen in klimaneutrale Produktionsverfahren, sondern sichert auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlbauunternehmen. Daher ist es erforderlich, klare und verlässliche Kriterien für die Verwendung von grünem Stahl in öffentlichen Ausschreibungen zu definieren. Gleichzeitig sollten Anreize geschaffen werden, damit auch private Bauherren verstärkt auf nachhaltige Stahlprodukte setzen. Nur so kann die Dekarbonisierung der Industrie erfolgreich vorangetrieben und ein nachhaltiger Wettbewerbsvorteil für die europäische Stahlbranche geschaffen werden.

Forderungen an die EU-Politik

Aus diesen strategischen Empfehlungen ergeben sich folgende fünf Forderungen an die Politik der Europäischen Kommission:

1. Anerkennung der Stahlbauindustrie als strategischer Sektor im Clean Industrial Deal

Die Stahlbaubranche fordert, die Stahlbauindustrie als essenziellen Bestandteil des Clean Industrial Deal anzuerkennen. Nachdem im März 2025 bereits ein gezielter Aktionsplan für die Automobilindustrie vorgestellt wurde, bietet der für das Frühjahr geplante Aktionsplan für Stahl und Metalle die ideale Gelegenheit, auch die Bedeutung der Stahlbauindustrie in diesem Transformationsprozess zu verankern. Die Einbindung des Sektors ist entscheidend, um eine klimaneutrale, ressourcenschonende und wettbewerbsfähige europäische Industrie nachhaltig zu stärken.

2. Gezielte Finanzierungsprogramme für klimafreundliche Produktionstechnologien

Die Stahlbaubranche fordert die Entwicklung gezielter Finanzierungs- und Förderprogramme zur Unterstützung von Investitionen in klimafreundliche Produktionstechnologien. Der Transformationsprozess hin zu einer CO₂-reduzierten Stahlproduktion im Sinne des Green Industrial Deals stellt eine enorme wirtschaftliche Herausforderung dar, die allein durch private Mittel nicht zu bewältigen ist. Da diese Umstellung im öffentlichen Interesse liegt, sind staatliche Investitions- und Finanzierungsprogramme unerlässlich. Nur durch eine gezielte finanzielle Förderung kann die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie gesichert und ein nachhaltiger Beitrag zur Klimaneutralität geleistet werden.

3. Entwicklung eines „Green Public Procurement“-Rahmens für Stahlbauprodukte

Die Stahlbaubranche fordert die Einführung eines verbindlichen „Green Public Procurement“-Rahmens für Stahlbauprodukte. Ein „grünes“ öffentliches Beschaffungswesen kanalisiert die Investition in die gewünschte Richtung der Produkte, die im Einklang mit den Green-Deal-Zielen produziert wurden. Durch klare Nachhaltigkeitskriterien in öffentlichen Ausschreibungen kann der Markt für umweltfreundliche Stahlbauprodukte gestärkt, Innovationen gefördert und der Wandel zu einer CO₂-reduzierten Bauweise aktiv vorangetrieben werden.

4. Schaffung eines fairen Wettbewerbsrahmens mit Schutz vor CO₂-intensiven Importen

Die Stahlbaubranche fordert die Einführung eines fairen Wettbewerbsrahmens, der europäischen Unternehmen vor der Konkurrenz durch CO₂-intensive Stahlimporte schützt. Eine Kennzeichnungspflicht für emissionsintensive Produkte sowie ein Gütesiegel für CO₂-arm produzierten Stahl würden mehr Transparenz schaffen und die Wettbewerbsbedingungen gerechter gestalten.

5. Langfristige Strategie für stabile und wettbewerbsfähige Energiepreise

Die Stahlbaubranche fordert eine verlässliche und langfristig ausgelegte Strategie zur Sicherstellung stabiler und erschwinglicher Energiepreise für die Industrie. Energiepreise dürfen nicht zu einem strukturellen Nachteil für die europäische Industrie werden. Eine nachhaltige, kosteneffiziente und sichere Energieversorgung ist daher unerlässlich, um langfristige Produktions- und Innovationsentscheidungen in der Stahlindustrie auf einer stabilen wirtschaftlichen Basis zu ermöglichen.

Die Erfüllung dieser Forderungen dient nicht nur Partikularinteressen, sondern wirkt weit über die Stahlbaubranche hinaus und beschleunigt als Katalysator den gemeinsamen Prozess hin zur Reindustrialisierung, Dekarbonisierung, Innovation und Klimaneutralität. Und das ist nicht nur ein Umweltziel, sondern eine veritable Wachstumsstrategie.